

Legalität - Illegalität - Duldung

Von Thomas Dostal

Der Nationalsozialismus konnte von 1933 bis 1938 trotz Parteiverbot immer mehr Anhänger finden. Terror und Propaganda zeigten auch in Linz ihre Wirkung.

Wie war es möglich, daß aus der sozialdemokratischen Hochburg Linz der 20er und frühen 30er Jahre innerhalb von wenigen Jahren eine Hochburg des Nationalsozialismus werden konnte, wo im März 1938 viele Tausende Linzer ihren heimgekehrten „Sohn“ Adolf Hitler enthusiastisch begrüßten? Und zwar mit einer Begeisterung, die in erster Linie von optimistischen Zukunftshoffnungen getragen war, welche sich aufgrund der vom Reich eingeleiteten umfangreichen Indu-

strialisierung und Modernisierung der Stadt auch für viele erfüllen sollten. Der Großteil der Bürger der „Patenstadt des Führers“ bedankte sich mit einem überaus hohen Maß an lang anhaltender Systemloyalität.

Weltwirtschaftskrise

Zweifelsohne ist für den allgemeinen Aufstieg des Faschismus im Europa der 30er Jahre die Weltwirtschaftskrise von 1929 mitsamt ihren verheerenden sozialen Folgen als hauptverantwortlich anzu-

sehen. Gerade die ohnedies schwache österreichische Wirtschaft wurde dabei von dieser bisher größten Krise des Kapitalismus ganz besonders stark getroffen und konnte sich erst nach Jahren wieder einigermaßen erholen. Ganz im Gegensatz dazu hatten die seit 1933 im Deutschen Reich an der Macht befindlichen Nationalsozialisten die Weltwirtschaftskrise und die damit verbundene enorme Massenarbeitslosigkeit aufgrund ihres Kriegsrüstungsprogramms ziemlich erfolgreich überwunden. Dies wirkte in Österreich für viele sehr anziehend: Man sah ein großes, mächtiges, geeintes, wirtschaftlich und politisch wieder erstarktes Deutschland, gegenüber dem sich das kleine, schwache, den Untergang der Habsburgermonarchie längst nicht überwunden habende Österreich sehr ärmlich ausnahm, deren Bewohner sich überdies „kulturell“, und manche auch „rassisch“ ohnehin als Deutsche fühlten. Und gerade dieser, in der Ersten Republik in allen politischen Lagern weit verbreitete und auch in Linz traditionell sehr stark vorhandene Deutschnationalismus, welcher der Ausbildung einer eigenständigen österreichisch-nationalen Identität im Wege stand, war auch der Nährboden, auf dem sich die Anschlußbewegungen der Zwischenkriegszeit entwickeln konnten, an deren Höhe- und Endpunkt schließlich der 12. März 1938 stand.

Splitterpartei

Aus dem zeitlichen Rückblick von 1938 war es jedoch schier unglaublich, wie es den Nationalsozialisten innerhalb von so



Teile eines im August 1934 von der Exekutive ausgehobenen nationalsozialistischen Waffenlagers auf dem Pfenningberg. (Fotos: Österreichisches Staatsarchiv)



Nationalsozialistischer Aufmarsch auf der Linzer Landstraße am 16. März 1930 während der Gautage.

(Foto: Archiv der Stadt Linz)

relativ kurzer Zeit gelingen konnte, ein derartiges Maß an Unterstützung zu erlangen. Noch vor der Weltwirtschaftskrise waren sie eine heillos zerstrittene und völlig unbedeutende Splitterpartei gewesen, die in Linz über ganze 297 eingeschriebene Parteimitglieder verfügte hatte. Sicherlich lagen die Gründe dafür nicht nur in der den Österreichern so gerne zugeschriebenen raschen Unterordnung unter die „normative Kraft des Faktischen“, wie sie der „Anschluß“ im März 38 darstellte. Denn der Nationalsozialismus kam nicht gleichsam über Nacht über das Land, und schon gar nicht nur von außen, als eine fremde Okkupationsmacht, obwohl es ohne den Einmarsch der reichsdeutschen Truppen in Österreich zweifelsohne keine „Machtgreifung“ der NSDAP gegeben hätte. Vielmehr bereitete der Nationalsozialismus in Österreich selbst jahrelang den „Anschluß“ vor. Im Juli 1934 versuchte man sogar mittels eines Putsches gewaltsam an die Macht zu kommen, da-

nach bemühte man sich mit einem sanfteren, systemunterhöhrenden Weg die bürgerliche Rechtsdiktatur in Österreich „anschlußreif“ zu machen.

Parteiverbot

Die parallel zur wirtschaftlichen Krise entstandene politische Systemkrise des bürgerlichen Liberalismus in Europa ließ auch in Österreich den Rechtsstaat und die schwache parlamentarisch-parteiensstaatliche Demokratie von der Bühne verschwinden. Gefangen in ihrer doppelten Angst vor Sozialismus, oder besser gesagt vor der organisierten Arbeiterbewegung, und Nationalsozialismus, leiteten die bürgerlich-katholischen Eliten Österreichs zwischen März 1933 und Mai 1934 einen Faschisierungsprozeß ein. Nach und nach haben sie alle politischen Parteien verboten, mit Ausnahme ihrer eigenen, künstlich geschaffenen Staatspartei – der „Vaterländischen Front“. Für die NSDAP war das am 19. Juni 1933 ausgesprochene Verbot ihrer

weiteren Betätigung ein harter Schlag, befand sie sich doch gerade in einer Phase eines enormen Aufschwungs, der früher oder später eine parlamentarische Regierungsübernahme gleich der im Deutschen Reich vom 30. Jänner 1933 zu versprechen schien.

Hauptquartier in Linz

Für diesen zwischen 1931 und 1933 erfolgten Aufstieg waren vor allem drei Gründe verantwortlich: Erstens die bereits angesprochene ökonomische Krisensituation, zweitens die im Juli 1931 erfolgte Zentralisierung des Parteiapparats mit ihrem Hauptquartier in Linz, mit dem eine enorme und auch erfolgreiche Mobilisierungs- und Propagandaoffensive durchgeführt werden konnte. Drittens war der Zusammenbruch der deutschen nationalen bürgerlichen Parteien, Vereine und Gruppierungen entscheidend. Denn dieser bescherte den österreichischen Nationalsozialisten ein reiches Potential an neuen Anhängern, die ab

1932/33 in der NSDAP ihre alleinige Vertretung in Sachen „Anschluß“ sahen. Damit verbreiterte sich aber auch das soziale Spektrum der Partei, das bisher vor allem kleine Post- und Bahnbeamte, Handwerker, Buchhalter, Handelsgehilfen und sonstige Privatangestellte umfaßt hatte, die in Linz zu einem nicht geringen Teil aus den deutschsprachigen Gebieten Böhmens und Mährens stammten.

Nun kamen angesehene deutschnationale Provinzhonoratioren, wie Ingenieure, Lehrer, Rechtsanwälte, Apotheker, Bankiers, Geschäftsinhaber und Fabrikanten hinzu. Ein reiches Rekrutierungsfeld bildeten dabei auch die in Linz stark vertretenen, gesellschaftlich angesehenen und einflußreichen deutschvölkischen Turnvereine. Nicht unbeträchtliche Teile der SA wiederum wurden parallel dazu von zumeist entlassenen Bundesheerangehörigen gestellt.

NSDAP – keine Arbeiterpartei

Diesem allgemeinen Trend der „Verbürgerlichung“ der NSDAP folgte dann nach dem Betätigungsverbot eine breite Welle der „Proletarisierung“. Doch zu keinem Zeitpunkt, außer vielleicht während ihrer Anfangsphase, war die NSDAP eine reine „Klassenpartei“, schon gar nicht eine der Arbeiterklasse, wie dies im Parteinamen behauptet wurde. Vielmehr stellte die NSDAP bereits vor 1938 eine Art „Volkspartei“ dar, in der sich sowohl kleinbürgerliche Kreise, wie kleine selbständige Ladenbesitzer, kleine Beamte und Angestellte in Bank und Handel, Freiberufler, Studenten und Militärs, aber ebenso – wenn auch unterrepräsentiert – Bauern und Arbeiter befanden. Die Partei verfügte freilich nach wie vor über einen deutlichen „Mittelstandsbau“.

Letzte Wahlen

Bei den letzten Landtags- und Gemeinderatswahlen vom April 1931 erreichten die Nationalsozialisten von insgesamt 72.470 Linzer Wahlberechtigten lediglich 4202 Stimmen. Doch die Polizei schätzte ihr Potential weit höher, auf 6000 bis 8000 Personen, was nicht zuletzt der beträchtlichen Mobilisierungskampagne der Partei zuzuschreiben war. Diese Propagandaoffensive war dabei unge-

wöhnlich neu, vielfältig, einfallsreich sowie multimedial und versuchte alle Bevölkerungsschichten zu erreichen. Ziel war die „Eroberung der Straße“. Mit Vorliebe sprengte man aber auch gegnerische Parteiveranstaltungen und provozierte gerne im Arbeiterviertel an der Franckstraße. Dies hatte jedoch eine ziemlich erfolgreiche Gegenmobilisierung seitens der Sozialdemokraten unter dem Motto „Schach dem Hakenkreuz“ zur Folge. Erst die endgültige Ausschaltung der organisierten Arbeiterbewegung mit der Niederwerfung des sozialdemokratischen Feberaufstands von 1934 ermöglichte den Nationalsozialisten ein verstärktes Eindringen in vorwiegend junge, militante Kreise der verarmten und entrechteten Arbeiterschaft. Ihr Ziel war es in erster Linie, in die Reihen der SA aufgenommen zu werden.

Terrorwelle

Die NS-Mobilisierungswelle schlug in Folge des Betätigungsverbots im Sommer 1933 in eine forcierte Propaganda- und Terrorwelle um, die im wesentlichen von den ins reichsdeutsche Exil geflüchteten Parteiführern angezettelt und von den im Land gebliebenen Unterführern durchgeführt wurde. Dabei kam es aber zu starken regionalen Unterschieden in Intensität und Ausmaß. Denn die von der Partei eingeleitete Zentralisierung verkehrte sich nach dem Verbot in ihr Gegenteil. Die kantonistischen Parteistreitereien und Dissonanzen brachen wieder wie zu alten Zeiten hervor. Es kam nun vor allem auf die jeweiligen Unterführer an, wie aktivistisch sich eine lokale Parteigruppe im „illegalen Kampf“ gerierte. In Linz stellten der Dezember 1933, der Jänner sowie der Mai und Juni 1934 die Höhepunkte der Terrorwelle dar. Begleitet war diese von einem eher harmlosen Konsumenten- und Steuerboykott gegen den Staat und einer weniger harmlosen Kirchenaustrittspropaganda. Vorwiegend junge Burschen betrieben zudem mittels Schmierens, Streuens und Abbrennens ihres Parteisymbols eine lebhaft Hakenkreuzpropaganda. Sie fanden damit sogar bei ihren deutschnationalen Lehrern „moralische“ Unterstützung. Keineswegs sollte man aber diese Form der NS-Betätigung unterschätzen, die auch von erwachsenen Zeitgenossen teilweise als „Lausbu-

benstücke“ verharmlost wurde. Denn trotz dieser zweifelsohne symbolischen Form des Widerstands stand hinter jedem an die Wand geschmierten Hakenkreuz letztlich die „unbesiegbare Idee“ des Nationalsozialismus, mit all ihrer machtpolitischen Verkörperung im „Dritten Reich“.

Etwas gefährlicher waren die in Linz zirka 500 bis 700 Mann starke SA sowie die unter 100 Mann bleibende SS. Sie verübten teils spektakuläre Sprengstoffanschläge auf öffentliche Gebäude sowie auf gegnerische Institutionen, wie die Sicherheitsdirektion im Landhaus, die bischöfliche Residenz, auf Kirchen und Schulen, die Finanzlandesdirektion und das Hauptpostamt, auf Wachstuben, das Bezirksgericht, die Arbeiterkammer, aber auch auf Privatwohnungen vaterländischer Aktivisten. Darüber hinaus versuchten die Nationalsozialisten „austrofaschistische“ Veranstaltungen, wie die große Bauernkundgebung in Linz Ende April 1934 oder den vaterländischen „Tag der Jugend“ einen Monat später zu stören, um so auf das „nationale“, auf das andere Österreich aufmerksam zu machen.

Juliputsch 1934

Ab Mai schmuggelte man auch auf dem Donauweg Waffen aus Bayern ins Land, die teilweise im nationalsozialistischen Juliputsch von 1934 ihre Verwendung fanden.

War in Wien die SS die Trägerin des Putsches, bei dem am 25. Juli auch Bundeskanzler Dollfuß ermordet wurde, so war in Linz die SA der aktive Kern des Aufstands. Ihr gelang es einige 100 junge Männer aus dem landwirtschaftlichen und gewerblichen Proletariat in der Umgebung der Stadt zu mobilisieren, denen die Aufgabe zukam, die Ausfallstraßen zu sichern.

Die Linzer SS plante hingegen die Besetzung der Sicherheitsdirektion und der Gendarmeriekaserne, ließ aber dann aus Mangel an Waffen und Aussicht auf Erfolg doch von ihrem Plan ab. Nachdem die Exekutive den Putschversuch in Linz, nicht zuletzt aufgrund der permanenten Querelen und Uneinigkeiten zwischen SS und SA, mit Leichtigkeit niederschlagen konnte, machte sich in den Reihen der Nationalsozialisten Verzweiflung und Auflösung breit. Die Strategie,



Entgleister Zug auf der Westbahnstrecke zwischen Offerding und Marchtrenk durch einen nationalsozialistischen Anschlag am 10. April 1934.
(Foto: Archiv der Stadt Linz)

mit Gewalt an die Macht zu kommen, hatte allgemein und unübersehbar in einem völligen Debakel geendet.

„Evolutionärer Kurs“

Da der Juliputsch die Einmischungspolitik Deutschlands völlig desavouiert hatte, wurde die finanzielle und materielle Hilfe aus dem Reich kurzfristig sogar völlig eingestellt. Die österreichische NSDAP blieb kurzzeitig auf sich selbst gestellt. Lagerintern entbrannte nun ein bisher latent geführter Strategiekampf, wie denn am besten in Österreich der Nationalsozialismus etabliert und der „Anschluß“ an das Deutsche Reich vollzogen werden könnte. Die bürgerlichen, ehemals großdeutschen Nationalsozialisten fühlten sich durch die gescheiterte Terrorpolitik in ihrer schon immer vertretenen Position bestärkt, durch eine friedliche Durchdringung der Institutionen des „Ständestaats“ deren Widerstandswillen zu untergraben. Die Parteiorganisation, und vor allem die militanten Parteigliederungen von SA und HJ wollten jedoch von ihrer aktionistischen und gewaltsamen Politik nicht lassen. Auch wenn die neu eingeschlagene reichsdeutsche Österreichdiplomatie den „evolutionären Kurs“ definitiv bestätigt hatte, die Verfechter des „revolutionären Kurses“ konnten damit nicht zum Einlenken bewegt werden.

Sogar als es Anfang 1935 mit der sogenannten „Selbstauflösung“ der NSDAP in Oberösterreich zu einer vollständigen Paralisierung der Partei kam, gab man nicht auf, sondern gruppierte die Organisation in eine der Polizei weitestgehend unbekannt funktionale Kaderpartei des Untergrunds um. In dieser Zeit gewann die als „karitativ“ getarnte Unterstützung mit reichsdeutschen Hilfswerk-Geldern eine außerordentliche Bedeutung. Mit dem nach Österreich geschmuggelten und auf anderen verschlungenen Wegen eingeschleusten Geld wurden aber nicht nur „bedürftige“, weil behördlich verfolgte Nationalsozialisten unterstützt, sondern auch der illegale Parteiapparat finanziert. Gewisse Geldsummen konnte dabei auch der spätere NS-Bürgermeister von Linz und ehemalige großdeutsche Politiker, Franz Langoth, lukrieren. Diese Gelder kanalisierte er Ende 1936 sogar in sein behördlich gestattetes „Hilfswerk Langoth“. Dieses Hilfswerk praktizierte im Prinzip das gleiche, was das illegale Hilfswerk der NSDAP tat. Mit dem Unterschied, daß dessen NS-Betätigung eben von höchster Stelle offiziell gestattet war.

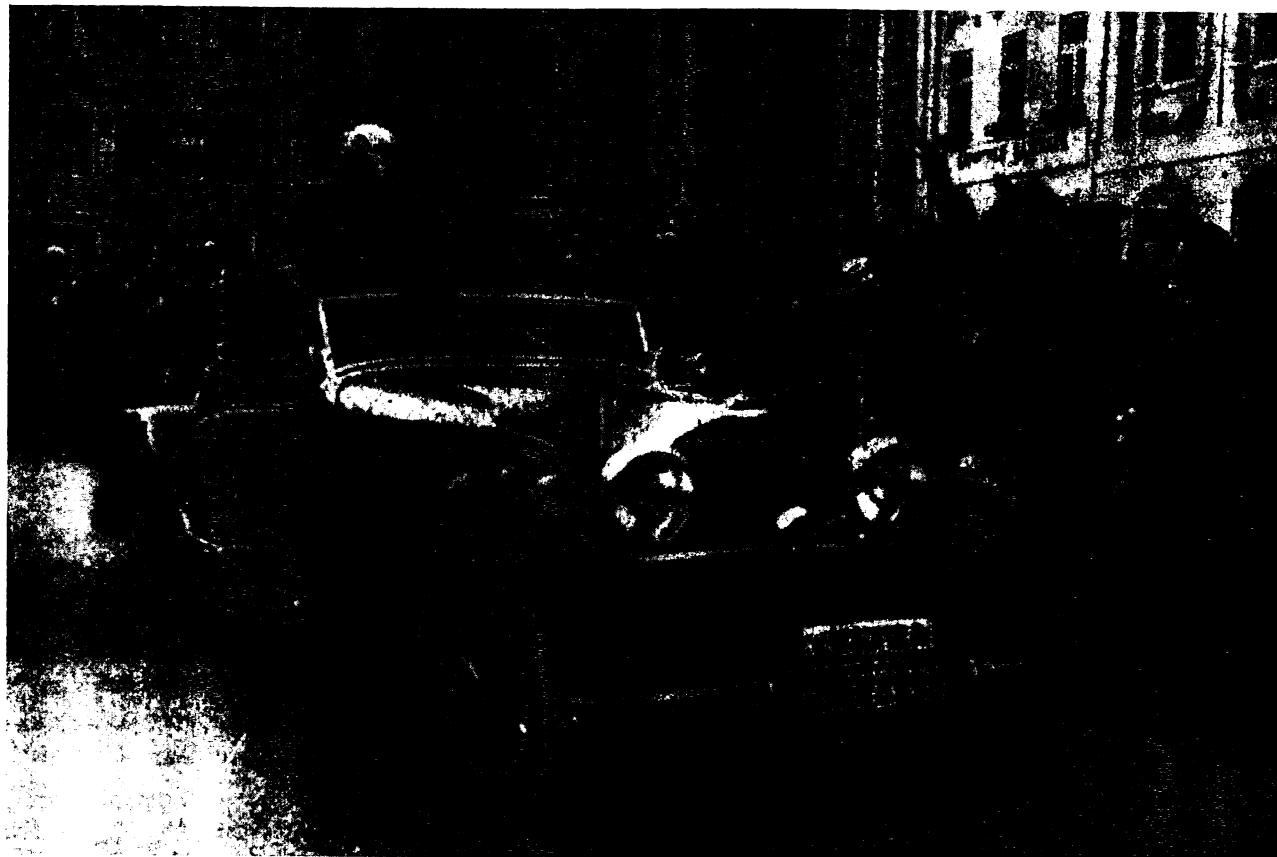
Juliabkommen

Die entscheidende Zäsur in der Zeit vor dem Anschluß stellte das Juliabkommen von 1936 dar, mit dem Deutschland und

Österreich endgültig auf einen „Befriedungskurs“ eingeschwenkt waren. Zwar erkannte Deutschland Österreich als einen staatsrechtlich unabhängigen zweiten deutschen Staat an, nur hatte sich Österreich eben auch als solcher zu benehmen. Was das im konkreten Einzelfall hieß, konnte nicht zuletzt Deutschland selbst definieren. Ab diesem Zeitpunkt war die österreichische Souveränität bereits deutlich unterhöhlt. Für die österreichischen Nationalsozialisten waren die Folgen des 11. Juli 1936 durchaus erfreulich. Zwar gab es nach wie vor die Strategiekämpfe zwischen „Evolutionisten“ und „Revolutionären“, doch eröffnete sich nun ein breites Betätigungsfeld für die zunehmend in die Defensive geratenen Nationalsozialisten. Die aktionistische NS-Propaganda verschwand zwar vorerst aus der Öffentlichkeit. Sogar die NS-Anschlußpropaganda erlosch, nachdem ja das Juliabkommen die Unabhängigkeit Österreichs garantiert hatte. Doch die direkte Propaganda für den Nationalsozialismus wich nun einer „indirekten Propaganda“.

„Jugendstadt des Führers“

Auch in Linz fanden die Nationalsozialisten stets Gelegenheiten, unpolitische, sportliche und kulturelle Veranstaltungen in NS-Kundgebungen umzufunktionieren und damit ihre öffentliche Prä-



Teilnehmer an der Fahrt des Nationalsozialistischen Kraftfahr-Korps von Deutschland nach Ungarn werden von der oberösterreichischen Bevölkerung am 4. Oktober 1936 mit „Heil Hitler“ begrüßt. (Foto: Österreichisches Staatsarchiv)

senz zu demonstrieren. Aufgrund des Juliabkommens aus der Haftanstalt Garsen entlassenen Juliputschisten wurde ein triumphaler Empfang in Linz bereitet, der als symbolischer „Sieg“ des Nationalsozialismus über den „Austrofaschismus“ inszeniert wurde. Die nun wieder häufiger werdenden Ausflugsfahrten von reichsdeutschen Nationalsozialisten auf Donauschiffen oder mittels Automobil in die „Jugendstadt des Führers“ wurden von den lokalen Nationalsozialisten als willkommener Anlaß für NS-Manifestationen genutzt. Trotz Verbots war man nicht „tot“, und man demonstrierte seine Lebendigkeit auch an verschiedenen „Heiligentagen“ im NS-Festkalender: So schwollen die Feiern zu des „Führers“ Geburtstag am 20. April 1936 und 1937, aber auch die Gedenktage am Grab der Eltern Hitlers im nahen Leonding nach dem Juliabkommen zu wahren Massen-

kundgebungen an. Rege daran beteiligt waren außer den parteilich organisierten Nationalsozialisten die deutschvölkischen Turnvereine von Linz, aber auch die reichsdeutsche Kolonie der Stadt unter ihrem Linzer Konsul. Mit all diesen Kundgebungen wollte man demonstrieren, daß die Mehrheit der Bevölkerung nicht hinter der Regierung, sondern hinter den Nationalsozialisten stände.

Gegen Habsburg und Juden

Neben diesen ungeniert organisierten Veranstaltungen, zu denen der nach wie vor verbotene „Hitler-Gruß“, der „Badenweiler-Marsch“, das „Horst-Wessel-Lied“ oder das Deutschlandlied zum besten gegeben wurde, begann 1937 eine verstärkte antimonarchistische Propaganda einzusetzen. Sie war eine Reaktion auf den verstärkten habsburgfreundlichen Kurs in der vaterländischen Politik. Das

Schuschnigg-Regime hob die österreichische Sonderentwicklung gegenüber dem Reich hervor, und die Nationalsozialisten fürchteten dadurch den Anschlußkurs bedroht. Ende November 1937 versuchten daher knapp 200 jugendliche Nationalsozialisten, vorwiegend aus der HJ, die Geburtstagsfeier der Legitimisten für Otto Habsburg im Volksgartensaal zu sprengen, was aber fehlschlug. Denn kurz zuvor wurde durch einen Überraschungscoup der Polizei ein Großteil der Linzer SA-Führung in einem amtsbekannten NS-Gasthaus verhaftet, was ihre Schlagkraft doch einigermaßen reduziert hatte. Aus Protest gegen diese Verhaftungen kam es dann vor dem Linzer Landesgericht zu einer lebhaften Demonstration von zirka 200 SA- und HJ-Mitgliedern, bei der auch zahlreiche Fensterscheiben des Gerichtsgebäudes eingeschlagen wurden.

Ebenfalls nach dem Juliabkommen setzte eine, bei den Nationalsozialisten natürlich immer schon vorhandene antisemitische Propaganda wieder verstärkt ein. Neben den Hakenkreuzschmierereien vor jüdischen Geschäften begann man ab Dezember 1936 zum Wirtschaftsboykott von Juden aufzurufen. Dabei wurden mit Mitteln der Denunziation und der Drohung die „arischen Volksgenossen“ angehalten, in keinem jüdischen Geschäft mehr Einkäufe zu tätigen. Die Folgen waren zwar nicht immer die von den Nationalsozialisten erhofften, doch ging der Umsatz der boykottierten Geschäfte spürbar zurück. Und letztlich waren die Boykottmaßnahmen ein wichtiger Schritt in der NS-Ausgrenzungspolitik gegenüber den Juden.

Ende des Ständestaates

Daß der Nationalsozialismus ab 1936 schließlich zunehmend in die Offensive gelangen konnte, verdankte er jedoch kaum seiner eigenen Stärke, sondern neben der reichsdeutschen Diplomatie vor allem der unklaren und widersprüchlichen Politik des „Ständestaats“. Da Schuschnigg eine Versöhnung nach links, zu den Sozialdemokraten, aus ideologischen Gründen nach wie vor ausschloß, blieb ihm zur Verbreiterung seiner schmalen Machtbasis nur der Kompromiß nach rechts. Die Strategie war dabei, mittels den angeblich „gemäßigten“ Nationalsozialisten auf die Radikalen „befriedend“ einzuwirken.

Das Ergebnis war aber eine letztendlich verhängnisvolle Verwischung der Grenzen zwischen legaler und illegaler NS-Betätigung, was die Nationalsozialisten natürlich weidlich auszunutzen verstanden. Besonders lähmend wirkte sich diese Politik mit seinem stets kooperationsbereiten Sicherheitsdirektor auf den oberösterreichischen Polizeiapparat aus.

Neben dieser Selbstlähmung der Widerstandskraft des „austrofaschistischen“ Regimes sowie seiner fortschreitenden Reformunfähigkeit und Erstarrung, führten vor allem die nicht erfolgte Integration und Befriedung der Arbeiterschaft sowie die zunehmende Entfremdung weiterer Teile der Bevölkerung zur Bereitschaft vieler Linzer, im Nationalsozialismus eine Chance auf eine politische, wirtschaftliche und soziale Verbesserung zu sehen.

Bibliographie:

Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich. Hrsg. von Rudolf G. Ardelt und Hans Hautmann. Wien-Zürich 1990.

„Austrofaschismus“. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934 – 1938. (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 18). Hrsg. von Emmerich Tálos und Wolfgang Neugebauer. Wien 1988.

Peter Black, Ernst Kaltenbrunner. Vasall Himmlers: Eine SS-Karriere. Paderborn-München-Wien-Zürich 1991.

Gerhard Botz, Faschismus und Lohnabhängige in der Ersten Republik. Zur „sozialen Basis“ und propagandistischen Orientierung von Heimwehr und Nationalsozialismus. In: Österreich in Geschichte und Literatur 21 (1977), 102 – 128.

Gerhard Botz, Strukturwandlungen des österreichischen Nationalsozialismus (1904 – 1945). In: Politik und Gesellschaft im alten und neuen Österreich. Festschrift für Rudolf Neck zum 60. Geburtstag. Hrsg. von Isabella Ackerl, Walter Hummelberger und Hans Mommsen. Band 2, Wien 1981, 163 – 193.

Gerhard Botz, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1934. München 1983.

Evan B. Bukey, „Patenstadt des Führers.“ Eine Politik- und Sozialgeschichte von Linz 1908 – 1945. Frankfurt am Main-New York 1993.

Francis L. Carsten, Faschismus in Österreich. Von Schönerer zu Hitler. München 1978.

Gerhard Jagschitz, Zur Struktur der NSDAP in Österreich vor dem Juliputsch 1934. In: Das Jahr 1934: 25. Juli. Protokoll des Symposiums in Wien am 8. Oktober 1974. (Veröffentlichungen der wissenschaftlichen Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938 3). Wien 1975, 9 – 20.

Gerhard Jagschitz, Der Putsch. Die Nationalsozialisten 1934 in Österreich. Graz-Wien-Köln 1976.

Gerhard Jagschitz, Zwischen Befriedung und Konfrontation. Zur Lage der NSDAP in Österreich 1934 bis 1936. In: Das Juliabkommen von 1936. Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen. Protokoll des Symposiums in Wien am 10. und 11. Juni 1976. (Veröffentlichungen der wissenschaftlichen Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1927 – 1938 4). Wien 1977, 156 – 187.

Gerhard Jagschitz, Die österreichischen Nationalsozialisten. In: Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des „Anschlusses“ vom März 1938. Hrsg. von Gerald Stourzh und Brigitta Zaar. (Veröffentlichungen der Kommissi-

on für die Geschichte Österreichs der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 16). Wien 1990, 229 – 269.

Gerhard Jagschitz, Die Nationalsozialistische Partei. In: Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918 – 1938. Hrsg. von Emmerich Tálos, Herbert Dachs, Ernst Hanisch und Anton Staudinger. Wien 1995, 231 – 244.

Michael John, Die jüdische Bevölkerung in Linz und ihre Ausschaltung aus öffentlichem Leben und Wirtschaft 1938 – 1945. In: Historisches Jahrbuch der Stadt Linz (1991), 111 – 168.

Reinhard Kühnl, Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus – Faschismus. Reinbek bei Hamburg 1971.

Inez Kykal und Karl R. Stadler, Richard Bernaschek. Odyssee eines Rebellen. Wien 1976.

Franz Langoth, Kampf um Österreich. Erinnerungen eines Politikers. Wels 1951.

Radomir Luza, Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Wien-Köln-Graz 1977.

Franz Müller, Ein „Rechtskatholik“ zwischen Kreuz und Hakenkreuz: Franz von Papen als Sonderbevollmächtigter Hitlers in Wien 1934 – 1938. (Europäische Hochschulschriften III/446). Frankfurt am Main-Bern-New York-Paris 1990.

Bert Olbrich und Selin Özer, Linz 1938. (Studien zur Geschichte und Politik in Oberösterreich 1). Linz 1988.

Bruce F. Pauley, Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich. Wien 1988.

Ludwig Reichhold, Kampf um Österreich. Die Vaterländische Front und ihr Widerstand gegen den Anschluß 1933 – 1938. Eine Dokumentation. Hrsg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 1985.

Wolfgang Rosar, Deutsche Gemeinschaft. Seyss-Inquart und der Anschluß. Wien-Frankfurt am Main-Zürich 1971.

Dieter Ross, Hitler und Dollfuß. Die deutsche Österreich-Politik 1933 – 1934. Hamburg 1966.

Norbert Schausberger, Der Griff nach Österreich. Der „Anschluß“. Wien-München 1988.

Erwin A. Schmidl, März 38. Der deutsche Einmarsch in Österreich. Wien 1988.

Harry Slapnicka, Oberösterreich – Zwischen Bürgerkrieg und Anschluß (1927 – 1938). (Beiträge zur Zeitgeschichte Oberösterreichs 2). Linz 1979.

Kurt Tweraser, Der Linzer Gemeinderat 1934 – 1962. Ständestaat, NS-Regime und die Ära Koref. In: Historisches Jahrbuch der Stadt Linz (1983), 153 – 243.